



EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT DES INNERN
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DE L'INTÉRIEUR
 DIPARTIMENTO FEDERALE DELL'INTERNO

I.4/74.-ML/vm

3003 Bern, 10. September 1975

*Rolle be-
sprechen*

Integrationsbüro

EPD / EVD

Bundeshaus Ost

3003 B e r n

E.V.D. HANDELSABTEILUNG	
No.	
GATT	
EE	77.110
12. SEP. 1975	
Kopie an	

Einführung der Sommerzeit im Bereiche
 der Europäischen Gemeinschaften

Sehr geehrte Herren,

Aufgrund Ihrer Anfrage vom 21. Juli 1975 in der oben genannten Angelegenheit haben wir die Generalsekretariate des JPD, des EVD und des VED sowie die Direktionen der Militär- und der Finanzverwaltung um ihre Stellungnahme ersucht.

Diese Dienststellen drängen - wie dies bereits in der Antwort des Bundesrates auf die Kleine Anfrage Peyrot vom 23. September 1974 zum Ausdruck kam - nicht auf die Einführung der Sommerzeit, weil sie hiervon keine ins Gewicht fallende Vorteile erwarten. Eine einheitliche Regelung im mitteleuropäischen Raum wird aber ausnahmslos befürwortet, insbesondere wegen der in Frankreich für nächstes Jahr vorgesehenen Massnahme, die mit der von der Europäischen Fahrplankonferenz beschlossenen Sommerperiode nicht übereinstimmt. Zusammenfassend ergibt sich, dass sich die Schweiz sowohl als Transit- und auslandabhängiges Reise-land als auch aufgrund seiner aussenwirtschaftlichen Verflechtungen der Einführung der Sommerzeit nicht verschliessen kann, wenn sich die umliegenden Nachbarstaaten dazu entschliessen. Die Dauer der Sommerzeit sollte aber im mitteleuropäischen Raum einheitlich festgesetzt werden, weil sonst nicht nur die beabsichtigten Einsparungen illusorisch sind, sondern zusätzlicher Aufwand entsteht und die internationalen Verkehrsverbindungen erschwert werden. Eine in diesem Sinne formulierte Empfehlung der Europäischen Gemeinschaften würde allgemein begrüsst.

- 2 -

Nicht erhalten

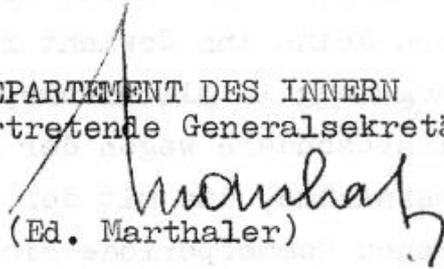
Wir beehren uns, Ihnen die Kopien der eingegangenen Stellungnahmen sowie die Antwort des Bundesrates auf die Kleine Anfrage Peyrot zuzustellen. Wir möchten beifügen, dass dieses Problem auch die Regierungen der Kantone Basel-Stadt und Waadt beschäftigt, weil das unkoordinierte Vorgehen Frankreichs verschiedene Probleme in der Zollabfertigung und im Grenzgänger-Verkehr aufwirft.

Wir wären Ihnen sehr dankbar, wenn Sie in Ihrer Vernehmlassung darauf hinwiesen, dass nur eine einheitliche Regelung in Mitteleuropa erfolgversprechend ist.

Aufgrund unserer Umfrage mussten wir feststellen, dass unser Departement in dieser Angelegenheit keinerlei Interessen zu vertreten hat. Wenn es somit zu einer Empfehlung der Europäischen Gemeinschaften käme, müssten wir die Federführung für den Vollzug entsprechender Massnahmen zur Diskussion stellen.

Genehmigen Sie, sehr geehrte Herren, die Versicherung unserer vorzüglichen Hochachtung.

EIDG. DEPARTEMENT DES INNERN
Der stellvertretende Generalsekretär


(Ed. Marthaler)

Geht zur Kenntnis an:

- die Generalsekretariate des EPD, JPD, EVD, VED
- die Direktion der Militärverwaltung und die Direktion der Finanzverwaltung
- die Bundeskanzlei